

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

EG-Gipfel: Südafrika

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft bemühten sich am Freitag kurz vor Ende des Gipfeltreffens in Den Haag weiter um eine Kompromissformel für ihre Haltung gegenüber dem Apartheidsregime in Südafrika. Grossbritannien und die Bundesrepublik Deutschland beharrten auf ihrer Ablehnung wirtschaftlicher Sanktionen. Es bestand Einigkeit darüber, die Unterstützung für die schwarze Bevölkerung zu verstärken.

Positive Abrüstungsrunde

Die USA sehen keinen Grund für eine so negative Einschätzung des Standes der Genfer Verhandlungen zur Rüstungskontrolle, wie sie der sowjetische Delegationschef Viktor Karpow am Donnerstag nach Abschluss der fünften Runde gegeben hatte. Präsident Ronald Reagan wiederholte in einer an seinem Ferienort Santa Barbara (Kalifornien) veröffentlichten Erklärung seine Hoffnung, dass die neuen sowjetischen Vorschläge möglicherweise der «Wendepunkt» zu echten Abrüstungsergebnissen seien.

Italien: Regierungskrise

Die italienische Koalitionsregierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi stand am Freitag am Rand einer Regierungskrise. Es wurde vielfach erwartet, dass Craxi, der vorzeitig vom EG-Gipfel in Den Haag nach Rom zurückkehrte, noch an diesem Wochenende Staatschef Francesco Cossiga seinen Rücktritt erklären werde. Zur Beratung der politische Lage wurde für Freitagabend eine Kabinettsitzung angesetzt.



50 Jahre LTLV

Heute grosses Jubiläumsfest im Schaaner Resch

Ganz im Zeichen der Feierlichkeiten 50 Jahre Liechtensteiner Turn- und Leichtathletikverband steht heute Samstag das Schaaner Resch. Der LTLV, einer der grössten und traditionsreichsten Sportverbände unseres Landes, hat sich zur Feier seines 50. Geburtstages einiges einfallen lassen und ein abwechslungsreiches Programm erstellt. Den Beginn machen ab 13.30 Uhr die LTLV-Vereine mit verschiedensten Sportdemonstrationen. Ab 18 Uhr steigt eine Grillparty, umrahmt von den Klängen der Harmoniemusik Eschen. Abschliessender Höhepunkt ist dann um 20 Uhr der offizielle Festakt mit Unterhaltungsprogramm und anschliessendem Tanz. Der LTLV hofft, viele seiner Freunde und Gönner heute nachmittag oder abend im Resch begrüßen zu können.



Spiel um Platz 3

Sa 20.00 Frankreich - Belgien

WM-Final 1986

So 20.00 BRD - Argentinien

Der Landtag zwischen Feiertag und Subventionserhöhung

Ein Überblick über die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause – alle Anträge genehmigt

Der neugewählte Landtag hat in seinen bisherigen Geschäftssitzungen wenig Geschäfte von besonders grosser Tragweite in Behandlung gezogen. Mit der geplanten Einführung des 8. Septembers als Feiertag und der erhöhten Subvention für die Abwasseranierung aus dem Alpengebiet nahm er jedoch zwei Themen in Angriff, die noch eine Weile in der Öffentlichkeit zu diskutieren geben. Sowohl bei der Subventionierung als auch bei der Änderung der Feiertagsordnung gingen die Meinungen der Abgeordneten nicht der Trennungslinie zwischen den beiden Fraktionen entlang, sondern quer durch beide Fraktionen hindurch. Bricht eine neue Ära an?

Die meisten Tagesordnungspunkte, die der Landtag am Donnerstag in Behandlung zog, hatten einen finanziellen Hintergrund. Im Mittelpunkt stand natürlich der Rechenschaftsbericht der Regierung und die Jahresrechnung 1985, die ange-

sichts des erheblichen Ertragsüberschusses wenig Veranlassung zu einer finanziellen Debatte bot. Auch spürten die «alten» und «neuen» Abgeordneten offenbar wenig Lust, die Regierung nach den einzelnen Konten der Jahresrechnung zu fragen oder auf Überschreitungen sowie Nichtausschöpfungen bewilligter Kreditrahmen zu befragen. Denn einerseits hatten einige Abgeordnete das Budget nicht mitbewilligt, auf der anderen Seite war Regierungschef Hans Brunhart das einzige Regierungsmitglied, das aus der letzten Legislaturperiode übriggeblieben war.

Einen finanziellen Hintergrund hatte auch die Abänderung des Landesbankgesetzes und die Erhöhung des Dotationskapitals der Landesbank auf nunmehr 100 Millionen Franken. Die Öffnung der Landesbank im Sinne von «jedem Liechtensteiner ein Stück Landesbank» wurde vom Landtag grundsätzlich begrüsst, da

es sich bei der Herausgabe der Partizipationscheine nur um eine kapitalmässige Beteiligung handelt, die aber keine Ansprüche hinsichtlich einer Mitbestimmung nach sich zieht. Und auch die Staatsgarantie für die Landesbank wird durch die Ausgabe von Partizipationscheinen nicht tangiert. Die Beschränkung auf vorerst 20 Millionen PS-Kapital lässt erahnen, dass die Nachfrage grösser werden könnte als der Umfang der Anteilscheine, so dass im Landtag die Ermahnung ertönte, die PS-Zeichnung möglichst breit – und nur im Inland – zu streuen.

Einstimmig genehmigte der Landtag den Verpflichtungskredit für das geplante Berufsschulzentrum in Buchs in Höhe von 5,5 Millionen Franken. Nachdem ein Teil der Abgeordneten das Projekt zwei Tage vorher im Modell besichtigt und auch einen Augenschein am geplanten Standort vorgenommen hatte, stand der Zustimmung zu diesem Staatsbeitrag nicht mehr viel im Wege. Zudem war beim Lokaltermin, wie auch im Bericht der Regierung, darauf hingewiesen worden, dass die gewerbliche Berufsschule zu rund einem Fünftel und die kaufmännische Berufsschule bereits weit über der Hälfte von liechtensteinischen Lehrkräften und Lehrlingen besucht wird.

Keine Einigkeit herrschte hingegen im Landtag bei der Behandlung der erhöhten Subvention für die Abwasseranierung der Gemeinde Triesenberg in den Ferienorten Steg und Malbun. Während die Regierung eine Vorlage mit einer erhöhten Subvention von 60 Prozent an die Anlagekosten unterbreitet hatte, forderte der Triesenberger VU-Abgeordnete und Vorsteher Alfons Schädler eine Anhebung des Subventionssatzes auf 70 Prozent – neben der Bereitstellung eines zinslosen Darlehens für die Restkosten. Und der Landtag stimmte mit 8:7 Stimmen dieser erhöhten Erhöhung zu.

Ebenfalls keine Einigkeit herrschte im Parlament über die Einführung eines weiteren Feiertages. Die Meinungen zur Abänderung der Feiertagsordnung gingen so weit auseinander, dass die Vorlage – wenn nicht die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann-Schädler einen Kompromissvorschlag unterbreitet hätte – an die Regierung zurückgewiesen worden wäre.

Nun hat der Landtag die erste Lesung des Gesetzes vorgenommen und wartet auf einen Bericht der Regierung, der möglicherweise auch einen neuen Antrag enthält. Der 8. September könnte, da seine Einführung als Feiertag nicht unumstritten ist, den Landtag noch einige Zeit beschäftigen. (G. M.)

Überprüfung des Energiekonzeptes

Die FBP-Landtagsfraktion reichte ein Postulat im Landtag ein

Trotz sinkenden Ölpreisen stehen Fragen der Energiepolitik zuoberst auf der Prioritätenliste. Das von der Regierung erarbeitete Energiekonzept ist bald schon zehn Jahre alt, wurde aber in der Zwischenzeit nicht verändert oder angepasst. Die FBP-Fraktion hat aus diesem Grunde im Landtag ein Postulat eingereicht, womit die Regierung eingeladen wird, das Energiekonzept zu überprüfen und den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Das Postulat wurde im Rahmen der Sitzung vom Donnerstag dem Landtagspräsidenten überreicht. Es wird auf der nächsten Sitzung des Landtags, die erst nach der Sommerpause stattfindet, Gegenstand der Beratung sein. Das von allen sieben Mitgliedern der FBP-Fraktion unterzeichnete Begehren wird folgendermassen begründet:

Im November 1977 unterbreitete die Energiekommission der Regierung ein Energiekonzept in der Hoffnung, damit Entscheidungsgrundlagen einer aktiven liechtensteinischen Energiepolitik zu liefern. Nach einer Bestandaufnahme der Situation, der Probleme und der Möglichkeiten der liechtensteinischen Energiewirtschaft formulierte die Energiekommission Ziele für eine Energiepolitik unseres Landes und beurteilte die möglichen Massnahmen.

Für umweltgerechte Energiepolitik

In der Zwischenzeit hat sich der Landtag aufgrund verschiedener parlamentari-

scher Vorstösse mehrmals mit Fragen der Energiepolitik und besonders mit der Förderung des Energiesparens beschäftigt bzw. von der Regierung Antwort auf diesbezügliche Fragen erhalten. Der Energieverbrauch ist aber in den letzten Jahren stark gestiegen. Dabei ist allgemein bekannt, dass der Umgang mit Energie, besonders der Verbrauch nicht erneuerbarer Energiequellen, zu zunehmenden Umweltproblemen geführt hat. Durch die Realisierung der Gasversorgung können wir uns auf einen zusätzlichen Energieträger abstützen, doch wird den Forderungen einer umweltgerechten und sparsamen Energiepolitik noch viel zu wenig Beachtung geschenkt und Rechnung getragen.

Gesamtkonzept notwendig

Gerade aufgrund des weitgehenden Fehlens eigener Energiequellen und der grossen Abhängigkeit ist ein Gesamtkonzept notwendig. Eine neu zu bestellende Energiekommission sollte das Konzept aus dem Jahre 1977 überprüfen und den veränderten Bedingungen der Energie- und Umweltsituation anpassen. Energiesparen, Energieberatung, erneuerbare Alternativen und Tarifpolitik sind Schwerpunkte, die schon vor dem Reaktorunfall von Tschernobyl und den Diskussionen um die Atomkraftwerke und die Zukunft der Kernenergie Gewicht hatten. Nach der Reaktorkatastrophe ist aber eine ganzheitliche Überarbeitung des liechtensteinischen Energiekonzeptes noch dringender.

Abwasserentsorgung Malbun–Steg wird saniert

Landtag bewilligte eine nochmalige Erhöhung des Subventionsbeitrages an die Gemeinde Triesenberg

Nach jahrelangem Hinauszögern kann die Abwasserentsorgung aus den Ferienorten Malbun und Steg endlich saniert werden. Weil der Gemeinde Triesenberg jedoch die finanziellen Mittel für die Realisierung der Abwasserleitungen von Malbun bis auf Gnalp fehlen, bewilligte der Landtag in der Sitzung vom vergangenen Donnerstag einen erhöhten Subventionsbeitrag von 70 Prozent (oder 1,561 Millionen Franken) der auf 2,23 Millionen Franken geschätzten Anlagekosten. Gleichzeitig genehmigte er einen Nachtragskredit von 490 000 Franken für die Subventionierung der im laufenden Jahr anfallenden Baukosten und stimmte schliesslich einem zinslosen Darlehen von 669 000 Franken zur Finanzierung der verbleibenden Restbaukosten zu, das von der Gemeinde Triesenberg in gleichmässigen Tilgungsraten zurückzuzahlen ist.

In der Debatte machte der VU-Abgeordnete Alfons Schädler anhand einiger Zahlen auf das «finanzielle Dilemma»

aufmerksam, das sich allein in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Feriengebieten nebst anderen Infrastrukturaufgaben für Triesenberg ergebe. Nach seinen Worten verzeichnete man mit Stand vom Herbst letzten Jahres noch rund 10,5 Millionen Franken an offenen Investitionen im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Feriengebiet. Gleichzeitig rief er in Erinnerung, dass sich in Triesenberg rund 600 Ferien- oder Zweitwohnungen befinden. Im Jahresdurchschnitt habe die Gemeinde rund 660 000 Franken Ausgaben für die Feriengebiete, denen Einnahmen von ca. 185 000 Franken aus Erwerbs- und Vermögenssteuern gegenüberstünden.

Subventionsbeitrag nochmals erhöht

Weil in unserem Land bei anderen Bauwerken punkto Subventionierung ebenfalls schon ausserordentliche Lösungen gefunden worden seien, beantragte

Alfons Schädler eine Erhöhung des in der Regierungsvorlage bereits erhöhten Subventionsbeitrages von 60 auf 70 Prozent. Zu den Befürwortern dieses Antrages, der vom Parlament mit acht Stimmen auch gebilligt wurde (drei von der FBP- und fünf von der VU-Fraktion), zählte auch Louis Gassner (FBP), der den Finanzierungsplan als realistische und vernünftige Lösung betrachtete. In seinem Votum wies er u. a. darauf hin, dass Triesenberg selbst noch einige Ortsgebiete ohne Anschluss an eine öffentliche Kläranlage habe, denen natürlich der Vorzug gegeben werde. Das jetzt vorliegende Abwasseranierungsprojekt sei ganz im Sinne des Umweltschutzes, denn damit könne der heute zum Teil verschmutzte Malbunbach wieder in einen sauberen Bergbach verwandelt werden. Zudem verschwinde die jetzige Kleinkläranlage in Malbun, an deren Stelle er sich z. B. einen Park mit Pflanzen und Ruhebänken vorstellen könnte.

KOMMENTAR

Das Subventionsunwesen in unserem Land hat einen weiteren Präjudizfall erhalten. Der Landtag genehmigte nicht nur die von der Regierung vorgeschlagene erhöhte Subvention für die Abwasseranierung im Alpengebiet Steg und Malbun, sondern stimmte – wenn auch nur mit knapper Mehrheit – sogar der Erhöhung der bereits erhöhten Subvention für diese infrastrukturelle Aufgabe der Gemeinde Triesenberg zu. Künftig werden sich Ge-

Erhöhte Erhöhung

meinden, die eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen haben, auf diesen Beschluss des Parlaments berufen können. Denn die stolze Drehung des Subventionssatzes auf 70 Prozent der Anlagekosten plus ein zinsloses Darlehen für die Restsumme sind auch für andere Gemeinden kein Pappentstiel. Vor allem dann nicht, wenn ein solches Projekt oder eine dringende Sanierungsmassnahme nicht nur rund zwei Millionen kostet, sondern noch elliche Millionen dazu.

Natürlich werden jetzt die Schleusen der staatlichen Subventionen nicht für jeden Fall sperrangelweit geöffnet, aber einen Fuss in der Tür haben die Gemeinden auf jeden Fall. Und wenn die übrigen Gemeindevorsteher auch so geschickt vorgehen, wie das der VU-Vorsteher und VU-Landtagsabgeordnete Alfons Schädler gemacht hat, dürfte eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Er liess nämlich das Problem so weit anwachsen, bis eine Sanierung des Abwasserproblems eine hohe Dringlichkeitsstufe erreichte, nicht mehr lange hingehalten werden konnte. Dann wies er seine leeren Hosentaschen vor und deutete an, nur wenn andere finanzierten, dann könne das dringliche Problem in absehbarer Zeit geregelt werden.

Sein Subventionspoker hat sich, zumindest was den finanziellen Teil betrifft, ausbezahlt. In der Rückschau erscheint auch richtig, dass die Gemeinde Triesenberg im Jahre 1979 die geplante Kläranlage im Steg nicht verwirklichte, denn damals griff der Landtag nicht so tief in die Subventionstasche. Und über die sieben Jahre, die seither vergangen sind, in denen das Problem der Abwasserentsorgung bis zur Gefährdung der Trinkwasserversorgung der Gemeinde Vaduz anwuchs, braucht man ja nicht zu reden. Ende gut, alles gut? (G. M.)

Kein neuer Verschmutzungsfall

Auch Johann Kindle (FBP) und Landtagsvizepräsident Josef Büchel äusserten ihre Zustimmung zur Vorlage, wobei Johann Kindle seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass die Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik und Sicherheit geschaffen werden und der Staat hier im besonderen seiner Aufsichtspflicht gerecht werde. Ein Fall wie im letzten Jahr, als durch unsachgemässe Einbringung von Klärschlamm in das Kanalisationsnetz von Triesenberg die Trinkwasserfassungen von Triesenberg schwer beeinträchtigt wurden, dürfe sich nicht wiederholen. Die damalige Gefahr sei vermutlich grösser gewesen, als allgemein zugegeben und angenommen worden sei.

Josef Büchel wies seinerseits auf die Gefahr hin, hier einen Präjudizfall zu schaffen. Er könne sich sehr gut vorstellen, dass inskünftig auch andere Gemeinden, sollten sie in einen finanziellen Engpass geraten, von der Möglichkeit erhöhter Subventionen Gebrauch machen möchten.

Fertigstellung 1988 möglich

Weil die Realisierung dieser Abwasserentsorgungsleitung, die eine Alternative zu der bereits im Jahre 1979 projektierten Kläranlage im Steg darstellt, auch aus der Sicht des Gewässerschutzes eine dringliche und nicht mehr aufschiebbare Aufgabe ist, soll voraussichtlich noch in diesem Jahr mit dem Bau begonnen werden. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme wäre dann im Jahre 1988 möglich.